



GRÜNE Fraktion

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Christine Deppert
und
die Vorsitzende des SSK-Ausschusses
Frau Sibylle Becker
der Stadt Bensheim
Kirchbergstraße 18

Bensheim, den 24.2.2023

64625 Bensheim

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Deppert, Sehr geehrte Frau Becker,

wir bitten Sie, nachfolgenden **Antrag: Barrierefreiheit für Fußgänger im öffentlichen Straßenraum** auf die Tagesordnung des SSK am 8.3. und der STVV am 23.3. zu nehmen.

Der Sozial- Sport und Kulturausschuss und die Stadtverordnetenversammlung mögen beschließen

Die Barrierefreiheit ist als unverzichtbares Ziel der Stadt Bensheim bei Erhalt und Bau von Verkehrswegen zu etablieren.

Damit soll im gesamten Stadtgebiet die Barrierefreiheit für seh-, geh- oder höreingeschränkte Personen sowie Familien bzw. Menschen mit Kinderwagen sichergestellt werden.

Begründung:

Um bei der Abwägung der Bewegungsfreiheit den betroffenen Menschen mehr Gewicht zu geben, muss Barrierefreiheit als unverzichtbares Ziel etabliert werden.

Die Stadt Bensheim hat noch Defizite im Bereich Barrierefreiheit. Für sehbehinderte Menschen fehlen vielfach die Kontraste bei Stufen. Auch sind viele Poller/Pfosten im Fußgängerbereich für sehbehinderte Menschen kaum sichtbar.

Bei Rad- und Fußwegen fehlen noch oft die Blindenleitstreifen mit Rillen zwischen den beiden Wegen. Hier ist auf den weiteren konsequenten und richtigen Ausbau zu achten. Mit dem Gehwegerneuerungsprogramm des KMB im Zuge des Glasfaserausbaues ergibt sich die Gelegenheit gleich für die entsprechende Barrierefreiheit zu sorgen.

GRÜNE Fraktion

Dazu gehört auch, dass die Gehwege möglichst flach ausgebaut werden und für ältere Menschen mit Rollatoren und Familien mit Kinderwagen, gut nutzbar sind. Aus der Fortschreibung des Demografieberichtes der Stadt Bensheim ist ersichtlich, dass die Einwohnerzahl der über 60 Jährigen weiterhin zunehmen wird. Aus all diesen Gründen ist es sinnvoll, auf gute Gehwege und Fußgängerbereiche für Personen mit Einschränkungen zu achten. Weiterhin erinnern wir an die „UN Behindertenrechtskonvention“ und das in Deutschland 2009 dazu beschlossene Zustimmungsgesetz.



GRÜNE Fraktion